

## ARGENTINIEN

Sofía Chico | Christopher König | Bernd Löhmann

### DER KLIMAGIPFEL IN CANCÚN IN DER ÖFFENTLICHEN WAHRNEHMUNG

Ende 2009 blickte die mediale Öffentlichkeit Argentiniens mit Skepsis auf den Klimagipfel in Kopenhagen. Der erzielte Konsens bestehe aus unverbindlichen Absichtserklärungen, war die fast einhellige Meinung. Konkrete Ergebnisse wurden schmerzlich vermisst. Als Verantwortliche für die dünnen Vereinbarungen wurden die Industriestaaten ausgemacht, die zwar die Hauptklimasünder seien, aber keinerlei echte Bereitschaft zeigten, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Immerhin verwiesen einige Stimmen auf die Schwierigkeit des Dialogs zwischen Staaten mit sehr unterschiedlichem Entwicklungsstand.<sup>1</sup> Konsensfindung sei die zentrale Herausforderung für die globale Regierbarkeit. Dies zeige der Klimagipfel ebenso sehr wie die Lähmung der Doha-Runde zu Handelsfragen.<sup>2</sup>

2010 hellte sich das Meinungsklima auf. Cancún sei nicht Kopenhagen, hieß es oft. Zwar hielt man den erzielten Konsens für einen „kleinen Schritt“<sup>3</sup>, doch wurde der COP16 (Conference of the Parties of the Framework Convention on Climate Change) der Verdienst zugesprochen, die scheinbar unversöhnlichen Positionen von Entwicklungsländern und Industriestaaten angenähert zu haben.<sup>4</sup> Mit Genugtuung wurde vereinzelt auch vermerkt, dass die Verhandlungen „ein neues Machtverhältnis in der Welt widerspiegeln, bei dem die Stimmen der Schwellenländer nicht mehr ignoriert werden könnten“.<sup>5</sup>

Allgemein verbreitet ist die Ansicht, dass Lateinamerika zwar nicht zum Kreis der Hauptverursacher von Treibhausgasen gehöre, aber im besonderen Maße unter den Folgen des Klimawandels zu leiden habe. In diesem Sinne kann sich der Standpunkt der Regierung, die von gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten in der Klimapolitik ausgeht, auf eine breite öffentliche Unterstützung berufen.

### DIE ARGENTINISCHE VERHANDLUNGSPOSITION IN CANCÚN

Die argentinische Position innerhalb der Verhandlungen zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC)<sup>6</sup> ist in den letzten Jahren im Wesentlichen gleich geblieben.<sup>7</sup> In Cancún formulierte sie der inzwischen ersetzte Staatssekretär für Umwelt, Homero Bibiloni<sup>8</sup>: Argentinien unterstütze eine Neuauflage des Kyoto-Protokolls und sei bereit, im Einklang mit seiner Verantwortung und im Rahmen seiner Möglichkeiten seinen Beitrag zu leisten. Sein Land habe mit dem National Adaptation and Mitigation Activities Plan (NAMA) eine Strategie im Sinne der nachhaltigen Entwicklung vorgelegt, welche für Wirtschaftswachstum unter Beachtung des Umweltschutzes sorgen und die soziale Beteiligung anregen soll. Einerseits zeigte sich Argentinien mit Sicht auf neue Regelungen zum Klimawandel ambitioniert. So seien Emissionssenkungen mit sofortiger Wirkung nötig. Doch sieht Bibiloni sein Land nicht an erster Stelle in der Pflicht.

Der Grund für die mangelnden Fortschritte im Klimawandel lag nach Ansicht der argentinischen Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner darin, dass bisher keine gerechten Lösungen erarbeitet worden seien.<sup>9</sup> Es müsse berücksichtigt werden, dass Entwicklungs- und Schwellenländer mit Sicht auf die Klimaproblematik nicht auf Wirtschaftswachstum verzichten könnten, denn dies werde gebraucht, um Armut und soziale Ungleichheit zu überwinden. Hinzu komme, dass nicht andere Länder für den von den Industrienationen verschuldeten Klimawandel haften dürften. „Gemeinsame, aber differenzierte Verantwortlichkeit“ bedeutet insofern: Alle Staaten sollen sich zwar am Kampf gegen die negativen Folgen des Klimawandels beteiligen. Es sind aber vor allem die Industrieländer, die dafür die finanzielle Last zu tragen haben.

- 1 | Félix Peña, „Un desafío para la gobernabilidad global“. *El Cronista*, 22.01.2010, S. 15.
- 2 | *Clarín*, „El Cambio Climático define un nuevo mapa geopolítico“, 24.01.2010, S. 33.
- 3 | *La Nación*, „En Cancún, un pequeño paso“. 16.12.2010, S. 24.
- 4 | Andrea Sosa Cabrios, „La conferencia del clima de Cancún culminó sin el acuerdo de Bolivia“, *Tiempo Argentino*, 12.12.2010, S. 27.
- 5 | Cledis Candelaresi, „La Cumbre desnudó un nuevo mapa de poder“, *Buenos Aires Económico*. 13.12.2010. S. 26.

- 6 | Entspricht „United Nations Framework Convention on Climate Change“.
- 7 | Vgl. Beiträge in den Arbeitsgruppen im Vorfeld der Konferenz, <http://unfccc.int/documentation/documents/items/3595.php> [05.09.2011].
- 8 | Präsentation der argentinischen Position auf dem Gipfel in Cancún, 10.12.2010, <http://ambiente.gov.ar/?aplicacion=noticias&idarticulo=9756&idseccion=12> [05.09.2011].
- 9 | Rede der Präsidentin Cristina Fernández bei der 65. UNO-Vollversammlung 2010, [http://www.un.org/en/ga/65/meetings/generaldebate/Portals/1/statements/634213532672500000AR\\_es.pdf](http://www.un.org/en/ga/65/meetings/generaldebate/Portals/1/statements/634213532672500000AR_es.pdf) [05.09.2011].

In diesem Sinne fordert Argentinien die entwickelten Staaten zum einen dazu auf, für sich selbst verbindliche Emissionssenkungen zu beschließen. Zum anderen sei es geboten, dass sie klimaschützende Projekte in den Schwellen- und Entwicklungsländern finanzieren, wobei diese Vorhaben für die Nehmerländer freiwilligen Charakter haben sollen. Ein Fonds solle gegründet werden, in den die Industrieländer einzahlen und über den die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen in den Schwellen- und Entwicklungsländern abgewickelt werden. Dabei müsse gewährleistet sein, dass es sich um zusätzliche Mittel handele, die das Aufkommen der traditionellen Entwicklungshilfe nicht verringern. Darüber hinaus sieht Argentinien die Industrieländer in der Pflicht, gegenüber anderen Regionen umfangreich Technologietransfer zu leisten.

Besonderen Wert legt Argentinien darauf, dass der Klimaschutz die Entwicklung in den von Armut betroffenen Ländern nicht hemmt – etwa indem er Arbeitskräfte kostet. Vor allem sei darauf zu achten, dass der Klimaschutz nicht zu einem Hindernis für den Zugang zu den Märkten der Industrieländer werde. Nachteilige Effekte für den Handel und die Wirtschaft müssten ausgeschlossen werden – so die Position, die Argentinien auch im Rahmen der Verhandlungen über Handel und Umwelt innerhalb der G-20 eingenommen hat. Voraussichtlich wird Argentinien diesen Standpunkt auch während seines Vorsizes im Kreis der G-77-Staaten voranbringen.<sup>10</sup> In seiner Rede zu Beginn der einjährigen G-77-Präsidentschaft im Januar 2011 bekräftigte VN-Botschafter Jorge Argüello die argentinische Position erneut:<sup>11</sup> Im Einklang mit den Prinzipien des Aktionsplans von Bali sollen die VN-Klimaschutzkonvention und das Kyoto-Protokoll gestärkt werden – in besonderer Verantwortung der Industriestaaten, die ihre Emissionen senken sollen und für den finanziellen und technologischen Transfer in die Schwellen- und Entwicklungsländer zu sorgen hätten.

#### KLIMASCHUTZ IN ARGENTINIEN

In Argentinien wird die globale Bedeutung des Klimaschutzes durchaus wahrgenommen. Ebenso sehr wächst das Bewusstsein, dass das Land selbst in vielfältiger Weise unmittelbar betroffen ist. So vermitteln etwa die zahlreichen Studien des Regierungssekretariats für Umwelt und nachhaltige Entwicklung<sup>12</sup> und

anderer staatlicher und privater Institute<sup>13</sup> ein Bild von den möglicherweise zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels. Gerade unter dem Aspekt der Agrarproduktion hat das Thema wachsende Bedeutung. Schon heute scheint sich zu bestätigen, dass einige Regionen zunehmend von schweren Dürren betroffen sein werden, während andere unter stark erhöhtem Niederschlag zu leiden haben. Offenbar ermöglicht die klimatische Entwicklung aber auch die Ausweitung der Landwirtschaft, die allerdings mit einem besorgniserregenden Rückgang der Artenvielfalt verbunden ist.<sup>14</sup>

Seit 1997 arbeitet Argentinien in Übereinstimmung mit dem VN-Rahmenabkommen über den Klimawandel ein nationales Inventar über Treibhausgas-Emissionen aus. Der dritte Bericht dieser Art – finanziert durch die Weltbank – wird im Laufe dieses Jahres vorgestellt.<sup>15</sup> Argentinien hat den Klimakonventionsrahmenvertrag 1994 und das Kyoto-Protokoll 2001 ratifiziert. 2009 wurde auf nationaler Ebene das Regierungskomitee zum Klimawandel (Comité Gubernamental de Cambio Climático) eingerichtet, das die Aktivitäten der verschiedenen Umwelteinrichtungen verknüpfen und eine nationale Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels erarbeiten soll. In Cancún stellte das Land einen 16-Punkte-Plan zum Klimawandel vor, der teils laufende, teils bevorstehende Initiativen zum Klimaschutz vorsieht – darunter Aufforstungsmaßnahmen in den Provinzen Neuquén und Buenos Aires, den Bau einer Sonnenenergieanlage in San Juan oder die Modernisierung des Fuhrparks im öffentlichen Verkehrswesen der Stadt Buenos Aires. Der Ausstoß von sieben Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> soll damit vermieden werden. Allerdings ist der Zeitraum für die Umsetzung dieses Ziels nicht festgelegt.<sup>16</sup>

Das Klima- und umweltpolitische Engagement der argentinischen Regierung steht mit Sicht auf die Maßnahmen im eigenen Land in der Kritik. Vor allem wird auf die Mittelkürzungen im Staatshaushalt 2010 verwiesen, die für das Sekretariat für Umweltfragen ein Minus von 22 Prozent ausmachten. Hinzu kam, dass der verbliebene Etat lediglich zu 29 Prozent

10 | Zusammenschluss von 131 Entwicklungsländern.

11 | Statement des argentinischen VN-Botschafters Jorge Argüello zum Antritt der argentinischen Präsidentschaft der G77, <http://www.g77.org/statement/getstatement.php?id=110112b> [05.09.2011].

12 | Vgl. Castillo Marín, 2009: „Klimawandel in Argentinien“, <http://ambiente.gov.ar/archivos/web/UCC/File/09ccargentina.pdf> [05.09.2011].

13 | Instituto Antártico Argentino (<http://www.dna.gov.ar>); Instituto Nacional de Tecnología Industrial (<http://www.inti.gov.ar>); Instituto Nacional de Tecnología Agropecuaria (<http://www.inta.gov.ar/index.asp>); Cámara Argentina de Energías Renovables (<http://www.argentinarenovables.org>).

14 | Staatssekretariat für Umwelt und nachhaltige Entwicklung, <http://ambiente.gov.ar/?IdArticulo=4560> [05.09.2011].

15 | Projekt „Tercera Comunicación Nacional de la República Argentina sobre Cambio Climático“, Staatssekretariat für Umwelt und nachhaltige Entwicklung, [http://ambiente.gov.ar/archivos/web/UCC/file/280410\\_3cn\\_componente\\_sproyecto.pdf](http://ambiente.gov.ar/archivos/web/UCC/file/280410_3cn_componente_sproyecto.pdf) [05.09.2011].

16 | Energía Argentina S.A., <http://www.enarsa.com.ar/nota35.htm> [05.09.2011].

ausgeschöpft wurde.<sup>17</sup> Dass die Kürzungen im Umweltschutzbereich offenbar in beträchtlichem Umfang zur Finanzierung von „Fútbol para todos“, einer kostenlosen Fußballübertragung im staatlichen Fernsehen, herangezogen wurden, haben Umweltverbände mit Sarkasmus kommentiert. Einige Kommentatoren bezeichneten die Periode der Kirchner-Regierungen als „eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte“ des argentinischen Umweltschutzes.<sup>18</sup>

Fortschritte sind allerdings mit den Gesetzen zum Schutz der Wälder von 2007 (Presupuestos Mínimos de Protección Ambiental de los Bosques Nativos) und zum Schutz der Gletscher von 2010 (Presupuestos Mínimos para la Preservación de los Glaciares y del Ambiente Periglacial) eingetreten. Die Durchführungsbestimmungen des Waldgesetzes wurden aber erst 2009 erlassen, nachdem ein Erdbeben in Tartagal<sup>19</sup>, der drei Todesopfer gefordert hatte, zum Handeln motivierte. Dabei scheint vor allem die unsichere Finanzierung des Umweltschutzes ein Hindernis für eine nachhaltige Forstwirtschaft zu sein. Das Gletschergesetz sieht die Erstellung eines nationalen Gletscherinventars vor, bezeichnet die Gletscher als „öffentliche Güter“ und bestimmt ihren Schutz als „strategisches Wasserreservoir“. Wichtig ist das Gesetz auch deswegen, weil die Gletscher im argentinischen Patagonien nach dem in Cancún vorgelegten Bericht des VN-Umweltprogramms UNEP in besonderem Maße vom Klimawandel betroffen sind.

Noch ist Argentinien Energiebedarf zu fast 90 Prozent von fossilen Brennstoffen abhängig. Dabei verfügt das Land über längst nicht ausgeschöpfte Ressourcen an Biokraftstoffen, Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft, Geothermie und Gezeitenenergie. Das argentinische Energiesekretariat hat einen Bericht über die Ausbeutungs- und Nutzungspotentiale von Erneuerbaren Energiequellen veröffentlicht und kommt zu bemerkenswerten Zahlen.<sup>20</sup> Noch verhindern jedoch die allzu günstigen Stromtarife, dass weder die Stromanbieter über die finanziellen Kapazitäten verfügen noch die privaten Haushalte den Anreiz bekommen, um in Erneuerbare Energien zu investieren.

Eine Reihe von Gesetzen regelt die Produktion und Nutzung Erneuerbarer Energien: Biokraftstoffe allgemein (Ley 26.093/06), Äthanol (Ley 26.334/08). Das aus dem Jahr 2007 stammende, aber noch nicht rechtskräftige Gesetz Nr. 26.190 besagt, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre rund acht Prozent des nationalen Strombedarfs durch Erneuerbare Energiequellen gedeckt werden sollen. Ein Maßnahmenpaket zur Stärkung Erneuerbarer Energien (GENREN) soll dazu die notwendigen Grundlagen schaffen.<sup>21</sup>

Der geplante Bau zweier neuer Atomkraftwerke, zwei kürzlich unterzeichnete Verträge zur nuklearen Kooperation mit Brasilien und Saudi Arabien sowie die angestrebte Entwicklung eines atomar betriebenen U-Bootes lassen darauf schließen, dass trotz der deutlich vorhandenen Potentiale für Erneuerbare Energien, nukleare Technologien eine übergeordnete Rolle in der argentinischen Energiepolitik beibehalten werden. Dies hat sich auch nach dem nuklearen Unglück von Fukushima nicht geändert. Das Ziel ist in erster Linie die Überwindung von Argentinien chronischer Energieknappheit sowie der Export nuklearer Technologien, vor allem innerhalb Lateinamerikas und nach Asien. Eine umweltpolitische Argumentation für den Bau der Atomkraftwerke, zum Einsparen von Treibhausgasen, wird von Regierungsvertretern und Energieexperten nur am Rande geführt.

## BÜRGERGESELLSCHAFT UND KLIMASCHUTZ

An national wie auch regional tätigen Nichtregierungsorganisationen, die sich für den Umweltschutz und die Eindämmung des Klimawandels engagieren, fehlt es in Argentinien nicht. Eine merkliche mediale Präsenz im politischen Tagesgeschehen entwickeln sie allerdings derzeit nicht. Sieht man von dem Bemühen des Kongressabgeordneten Miguel Bonasso ab, eine „grüne“ Partei zu gründen,<sup>22</sup> gibt es auch im politischen Raum kaum Ansätze, den Stellenwert der öffentlichen Debatte über den Umweltschutz und den Klimawandel zu erhöhen. Andere Themen – die überbordende Kriminalität, die auf vielleicht 30 Prozent hochschnellende Inflation, die soziale Ungleichheit – stehen viel weiter oben auf der politischen Agenda. In den durch Umfragen ermittelten Rankings der bedeutendsten Probleme kommt die Sorge um die Umwelt bislang nicht vor.<sup>23</sup>

17 | Laura Capriata. „Menos fondos para Medio Ambiente“. *La Nación*. 04.12.2010, S. 22.

18 | *La Nación*, „Nueva autoridad en Medio Ambiente“. 03.01.2011, S. 16.

19 | Im Februar 2009 ließen heftige Regenfälle den Fluss Tartagal in der Provinz Salta anschwellen.

20 | „República Argentina. Diagnóstico, Barreras y Propuestas“. Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership, Secretaría de Energía, Fundación Bariloche (2009), <http://energia3.mecon.gov.ar/contenidos/archivos/Reorganizacion/novedades/EnergiasRenovables.pdf> [05.09.2011].

21 | Energía Argentina S.A., <http://www.enarsa.com.ar/nota10.htm> [05.09.2011].

22 | *Perfil*, „Bonasso quiere lanzar un partido verde“. 11.12.2010, S. 41.

23 | Die Daten stammen vom Centro de Estudios para la Opinión Pública (CEOP). *La Nación*, 15.11.2010.

Wirtschaftsvertreter haben sich für die Schaffung eines Regulierungsrahmens ausgesprochen, der die Stabilität und Vorausssehbarkeit staatlicher Wirtschaftspolitik erhöhen und Anreize für die Schaffung umweltfreundlicher Produktionsprozesse geben soll.<sup>24</sup> Die gerade für kleine Unternehmen bestehenden Unterstützungsangebote lohnen sich, strukturiert und ausgebaut zu werden.<sup>25</sup>

Schwer ist zu beurteilen, ob Vorschläge aus Deutschland in Argentinien auf ein breiteres Interesse stoßen.

24 | La Nación, „Los empresarios reclamaron respeto por la actividad privada“, 05.08.2010.

25 | Siehe Instituto Nacional de Tecnología Industrial (INTI), „Incentivos y Beneficios Fiscales a la producción de Bienes Industriales“, [http://www.inti.gob.ar/pdf/economia\\_industrial/incentivos\\_fiscales.pdf](http://www.inti.gob.ar/pdf/economia_industrial/incentivos_fiscales.pdf) [05.09.2011].

Gewiss lässt sich aber sagen, dass der German Advisory Council on Global Change in Fachkreisen Beachtung gefunden hat und seine Ansätze dort wahrgenommen werden. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang, dass das deutsche Centrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM) zurzeit 15 europäische Experten zur Verfügung stellt, die für befristete Zeit in öffentlichen Einrichtungen oder zivilen Organisationen Argentiniens ihr Wissen vermitteln und schwerpunktmäßig im Bereich des Klimaschutzes und der Erneuerbaren Energien unterstützend tätig sind. Für Deutschland, welches sowohl in der Klimapolitik als auch bei der Entwicklung moderner Umwelttechnologien eine motivierende Rolle wahrzunehmen versucht, eröffnet sich in Argentinien ein weites Arbeitsfeld für eine vertiefte politische und technologische Kooperation.

## BOLIVIEN

*Susanne Käss | Hannah Klemp*

### WELTKONFERENZ DER VÖLKER ÜBER DEN KLIMAWANDEL UND DIE RECHTE DER MUTTER ERDE

Vom 19. bis 20. April 2010 fand auf Initiative der bolivianischen Regierung die „Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde“ in Tiquipaya bei Cochabamba statt. Die Veranstaltung war eine Antwort auf den Klimagipfel der Vereinten Nationen in Kopenhagen im Dezember 2009, bei dem nach Meinung der bolivianischen Regierung die Zivilgesellschaft nicht einbezogen worden war. An der Veranstaltung in Tiquipaya nahmen ca. 35.000 Menschen aus aller Welt teil, darunter Vertreter von indigenen Völkern und sozialen Bewegungen, Diplomaten, Regierungsvertreter, Umweltaktivisten und Wissenschaftler.

Die Konferenz wurde von Präsident Evo Morales eröffnet. Er konnte dabei die beanspruchte Führungsrolle als Vorreiter der indigenen Völker bei den globalen Klimaverhandlungen jedoch nicht einnehmen. Vielmehr verlor er durch seinen undifferenzierten Diskurs stark an Glaubwürdigkeit. Auf zielorientierte und richtungweisende Vorschläge zur Bekämpfung der Erderwärmung verzichtete er zugunsten von Nord-Süd-Polarisierung und Kapitalismusschelte. Morales kritisierte die Vereinten Nationen scharf und machte sie für das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen

verantwortlich. Außerdem warnte er vor dem Kapitalismus, den er als Verursacher des Klimawandels ausmachte, mit den Worten: „Entweder stirbt der Kapitalismus oder die Mutter Erde.“ Zur Rettung des Planeten rief er zum kommunitären Sozialismus auf. Besonderes Aufsehen erregte Morales jedoch mit seinen Ausführungen darüber, dass der Konsum hormonbehandelter Hühner zum Verlust der Männlichkeit und somit zur Homosexualität führe und dass fast alle Europäer glatzköpfig seien, da sie sich ungesund und mit genmodifizierten Lebensmitteln ernährten.

Diesen Aussagen schenkte die internationale Presse deutlich mehr Beachtung als den thematischen Diskussionen der Konferenz. Umweltaktivisten und -experten aus aller Welt beschäftigten sich in 17 Arbeitsgruppen mit konkreten Themen und erarbeiteten die Abschlusserklärung. Besonders hervorzuheben ist die starke Teilnahme von Vertretern indigener Bewegungen. Zusätzlich beriefen die beiden bedeutendsten Indigenenorganisationen Boliviens, CONAMAQ (Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu) und CIDOB (Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia), gegen den Willen von Staatspräsident Morales und des Außenministeriums eine 18. Arbeitsgruppe ein, die sich mit Umweltproblemen in Bolivien beschäftigte und sich einer regen Beteiligung erfreute. Diese Arbeitsgruppe wurde auf der offiziellen Homepage der Konferenz von Tiquipaya jedoch nicht erwähnt.